

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die Streikparole wird befolgt.

## Die Gegenmaßnahmen der Regierung.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Hauptquartier der Gewerkschaften wurde am Dienstagabend erklärt, daß die Befolgung der Streikparole alle Erwartungen überstiegen habe. Die Schwierigkeit bestehe nicht darin, die Arbeiter der zum Streik aufgerufenen Betriebe zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, sondern umgekehrt, die übrige Arbeiterschaft dazu zu bewegen, ihre Arbeit fortzusetzen.

Verschiedene Betriebe in Nottingham und Leister, die nicht unter die bestreikten Betriebe fallen, mußten schon am Dienstag wegen Kohlenmangel schließen.

### Moralische Offensive der Regierung.

Die amtliche Streikzeitung spielt das Parlament gegen die Gewerkschaften aus.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Mittwoch früh ihre neue Zeitung, die „British Gazette“, herausgebracht. Sie ist in der Druckerei der „Morning Post“ hergestellt, welche die ganze Nacht durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt war. Das Blatt ist zwei Seiten stark.

Die Zeitung nennt den Streik eine direkte Bedrohung der Staatsform. Jrgend eine Verhandlung von Seiten der Regierung sei nicht möglich, solange der Generallstreikkongreß bzw. der Generallstreik der Gewerkschaften nicht die Generallstreikparole zurückziehe. Dies sei eine Vorbedingung für jedes Verhandeln. Ein Sieg des Generallstreiks käme einer Fortsetzung der Subsidien von unbeschränkter Dauer gleich, und bedeute eine Ausschaltung und Aushebung der parlamentarischen Institutionen, welche die britische Nation in 300-jährigem Kampfe durchgesetzt und welche die Grundlage der britischen Demokratie bilden. Der demokratische Staat dürfe sich nicht der Diktatur eines Teils der Bevölkerung unterwerfen, er müsse verfassungsmäßig die Autorität ohne Rücksicht auf die Kosten schützen. Während der Geist des Kompromisses gegenüber der Bergbauindustrie bestehe, könne es diesen Geist dem Generallstreik gegenüber unter keinen Umständen geben. Es handle sich nicht mehr um einen Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern zwischen Parlament und Gewerkschaften, der nur mit dem Sieg des Parlaments enden könne. Der Regierung ständen genügend Mittel der Gewalt zur Verfügung, jedoch sei Gewalt ein Mittel, auf das sich eine britische Regierung nicht zu stützen wünsche.

### Aufforderung der Regierung.

Die Regierung fordert die Bevölkerung auf, Telefon und Post so wenig wie möglich und nur in dringenden Fällen zu verwenden, da sich die Folgen der Ueberfüllung sämtlicher Postämter mit Telegrammen und Fernsprechanmeldungen bereits in einer Verzögerung des gesamten Verkehrs äußert.

Schließlich richtet die Regierung an die Bevölkerung die Aufforderung, sich für den Sicherheitsdienst zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung der Regierung zur Verfügung zu stellen.

Von den Londoner Morgenblättern war bis 3 früh keine erschienen. Um 4 Uhr morgens haben die „Times“ ein Flugblatt zum Preise von 2 Pence veröffentlicht, das Nachrichten über den Streik, die Lebensmittellage und andere Neuigkeiten bringt.

### Die Stimmung der Bevölkerung.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein Urteil über die Stellung der Kreise der Bevölkerung, die nicht den Gewerkschaften angehören, zum Generallstreik ist jetzt noch kaum möglich. Aber soviel steht fest, daß sich in der Öffentlichkeit verhältnismäßig

wenig Sympathie für die Regierung feststellen läßt. Andererseits ist unzweideutig festzustellen, daß sich das Beständnis für die Bergarbeiter bis tief ins konservative Lager hinein erstreckt. Daran haben auch die durch den Generallstreik hervorgerufenen Unbequemlichkeiten nichts geändert.

### Der amtliche Lagebericht von heute mittag.

London, 5. Mai. (WTB.) „Reuter“ verbreitet um 12 Uhr mittags folgende Mitteilung: Heute vormittag wimmelten die Straßen von Angestellten, die sich zu Fuß in die Bureaus begaben. Im Vergleich zu gestern waren die Beförderungsmöglichkeiten besser und der Verkehr weniger behindert. Die Great-Western-Eisenbahngesellschaft gibt die bevorstehende Inbetriebnahme von 11 Strecken, u. a. in der Richtung nach Südwestengland, Südwesten und Birmingham, bekannt. Der Untergrundbahnverkehr in London ist stark eingeschränkt.

In Newcastle wurde gestern Abend die Haltung der Menge gegenüber den Omnibusführern so drohend, daß diese ihre Wagen im Stiche ließen. Ein Torpedobootszerstörer und ein Unterseeboot haben sich in die Nähe von Newcastle begeben.

### Zusammenstöße in London.

London, 5. Mai. (WTB.) Nachdem der gestrige Tag ohne Ruhestörungen verlaufen war, kam es abends in den östlichen Bezirken Londons zu Ausschreitungen. In Poplar wurden Autos und Lastwagen, in denen zahlreiche Personen von ihren Arbeitsstätten in der City nach ihren Wohnungen zurückkehrten, verschiedentlich von jungen Burschen angehalten, die die Chauffeure bedrohten und die Insassen zwangen, auszufsteigen und den Rest des Weges zu Fuß zurückzulegen. Als im Laufe des Abends die Polizei verstärkt wurde, nahm die Feindseligkeit der Menge zu. Die Polizei machte infolgedessen mehrere Zugriffe mit Gummiknüppeln. Zahlreiche Personen, meistens junge Leute, wurden ins Hospital gebracht. Bis auf einen Mann, der schwer verletzt wurde, konnte sie wieder entlassen werden, nachdem sie verbunden worden waren. Ein Privatauto wurde zerstört, ein Lastauto in Brand gesteckt und eine Feuerwehrspritze, die an Ort und Stelle gesandt wurde, am Weiterfahren verhindert. Bei weiteren Autos wurden die Motore mehr oder weniger schwer beschädigt.

### Solidarität der deutschen Gewerkschaften.

Der Bundesvorstand des ADGB. nimmt heute Stellung zum englischen Streik.

Wie wir bereits berichteten, haben sowohl der Deutsche Bergarbeiterverband als auch der Deutsche Verkehrsverband beim Bundesvorstand des ADGB. den Antrag gestellt, die infolge des englischen Streiks und der Beschlüsse der Internationalen der Bergarbeiter und der Transportarbeiter notwendig gewordenen Maßnahmen zu veranlassen. Entsprechend diesen Anträgen nimmt der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes heute zur Sachlage Stellung. Es dürfte sich dabei vor allen Dingen um die Maßnahmen handeln, die geeignet sind, eine Durchkreuzung oder Erschwerung des englischen Generallstreiks zu verhindern. Im übrigen werden alle diese Maßnahmen stets getroffen in Übereinstimmung mit den englischen Gewerkschaften, die allein berechtigt sind, über ihre eigene Taktik zu bestimmen, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den zuständigen Berufsinternationalen.

# Republikaner heraus zum Protest!

Heute Abend 8 Uhr Kundgebung des Reichsbanners auf dem Gendarmenmarkt.

Die Reichsregierung beabsichtigt zusammen mit dem Reichspräsidenten eine Flaggenverordnung herauszugeben, die die schwarzweißrote Flagge zur deutschen Auslandsflagge machen soll. Die Farben der Republik sollen nicht mehr im Ausland gezeigt werden, sondern die schwarzweißrote Fahne des Kaiserreiches.

Diese Verordnung der Reichsregierung ist ein schwerer Angriff auf das schwarzrotgoldene Symbol der Republik, auf die Republik selbst, sie wirkt als Förderung der antirepublikanischen putschistischen Bestrebungen in Deutschland.

Die Absicht der Reichsregierung hat Empörung und Protest bei allen Republikanern hervorgerufen.

Das Reichsbanner ruft zum Zeichen des Protestes für heute Abend 8 Uhr zu einer großen Kundgebung gegen die schwarzweißroten Flaggenpläne der Reichsregierung auf dem Gendarmenmarkt auf.

Das Reichsbanner wird geschlossen aufmarschieren. Es ist die Pflicht aller Republikaner, diese Demonstration

zu einem wuchtigen Protest gegen den neuen amtlichen Angriff auf die Farben der Republik zu gestalten.

Reichsbanner heraus zum Schutze von Schwarz-Rot-Gold.

### Beratungen des Kabinetts.

Die Reichsregierung will die Verordnung unterzeichnen.

Heute nachmittag um 2 1/2 Uhr wird das Reichskabinett zusammentreten, um sich nach dem Einspruch der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums noch einmal mit der geplanten Flaggenverordnung des Reichspräsidenten zu beschäftigen.

Nach der Kabinettsitzung wird der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien zusammentreten, und die Reichsregierung wird die Fraktionsführer von ihren Absichten unterrichten.

Von zuständiger Stelle wird versichert, daß trotz des Einspruches großer Parteien die Reichsregierung keine Gründe zu sehen glaubt, die einer Gegenzeichnung der Flaggenverordnung entgegenstehen.

Die Reichsregierung will also trotz des entrüsteten Protestes aller Republikaner die Flaggenverordnung veröffentlichen!

## Provokation.

Die Flaggenverordnung gegen die Farben der Republik.

„Die schwarzweißrote Flagge hatte es geschafft! Diese Flagge müssen wir unbedingt wiederhaben. Mit ihrer Rückkehr wird der Geist des Pazifismus, d. h. der Feigheit, aus dem deutschen Volke entweichen!“ (General v. Liebert in der „Deutschen Zeitung“.)

Die Reichsregierung hat mit ihrer Flaggenverordnung mit einem Schläge einen ernststen Konflikt herausbeschoren. Man muß die mühsigen Versuche, die Flaggenverordnung als reine Dienstausweisung ohne politische Bedeutung hinzustellen, beiseite schieben. Die „Deutsche Zeitung“ sagt in Ueberschrift und Leitartikel jubelnd, worum es geht: „Schwarzweißrot als Auslandsflagge“, Schwarzweißrot als Demonstration gegen die Politik des Friedenswillens.

Das ist der Zweck der Uebung, und da hilft kein Versteckspiel. Die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten, für die die Reichsregierung die Verantwortung übernimmt, wirkt wie eine politische Demonstration nach innen wie nach außen. Nach innen als Mißachtung des Flaggensymbols der Republik, nach außen als Stimmungszeichen für den Willen zur Wiederanknüpfung an die außenpolitischen Traditionen des Kaiserreiches. Sie läuft auf eine Stellungnahme gegen die Republik hinaus, und sie wird von der Reichspresse in diesem Sinne gewürdigt. Schwarzweißrot gegen die Republik, Schwarzweißrot gegen den Geist des Pazifismus! In Deutschland kämpfen die Leute vom Biking, vom Stahlhelm, die Leute der gegenrepublikanischen putschistischen Verbände unter Schwarzweißrot gegen den republikanischen Staat und die Verfassung — die Reichsregierung aber will Schwarzweißrot im Ausland zum Symbol der Republik, zur repräsentativen Flagge des Deutschen Reiches erheben. Das soll keine politische Demonstration sein?

Man redet von der notwendigen Einheitsfront im Ausland. Wie die in Zukunft in der Flaggenfrage aussehen soll, sagt die „Tägliche Rundschau“:

„Die deutschen Missionen werden neben die Reichsfarben die Handelsflagge setzen und die Auslandsdeutschen werden ebenfalls die Handelsflagge zeigen. Damit wird die Einheitsfront in der Flaggenfrage wieder hergestellt sein.“

Wso schwarzweißrote Einheitsfront zwischen den deutschen Vertretungen und den Auslandsdeutschen, die sich noch nicht dazu verstehen konnten, die Farben des Reiches im Ausland zu zeigen. Schöne Einheitsfront das, die durch den Abbau der schwarzrotgoldenen Flagge des Reiches hergestellt wird! Einheitsfront, die durch Kapitulation vor den monarchistischen, kriegerischen, antirepublikanischen Kräften erlaubt wird. Es ist eine Schande, daß die Reichsregierung die Auslandsdeutschen im Stiche läßt, die sich bemühen, die Farben des Reiches im Ausland zur Geltung und zu Ehren zu bringen. Das ist nach dem Herzen der schwarzweißroten Rechtskreise in Deutschland. Die Republikaner sollen sich in eine Einheitsfront einordnen, in der sie nur auf die Befeknung republikanischer Gesinnung, auf das schwarzrotgoldene Symbol der Republik, nur auf die Republik verzichten sollen? Die Republikaner danken für solche Einheitsfront — sie antworten mit dem Rufe zum Kampf gegen den Angriff auf Schwarzrotgold.

Die schwarzweißrote Einheitsfront im Ausland, unterstützt von der Reichsregierung, ist eine Illustration zur deutschen Außenpolitik, die ihren Kredit beeinträchtigt. Warnend schreibt die „Germania“:

„Über hat die neueste Tat des Kabinetts Stresemann-Luther außenpolitische Hintergründe? Will man etwa gar den Regierungen der Westmächte, denen unser Ruffenvertrag nicht so sehr gefällt, dartun, daß wir harmlose Leute sind und mit der schwarzrotgoldenen Flagge zugleich auf das Symbol des großdeutschen Gedankens verzichten? Wir fürchten, es wird schwer fallen, den Herren in Paris und London zu beweisen, daß die angebahnte Rückkehr zu Schwarzweißrot als eine solche Sinneswandlung aufzufassen ist. Im Inland wie im Ausland wird man sich vielmehr sagen, daß damit nur ein weiterer Schritt zu den früheren Zuständen getan wird, auf den bald noch einer und noch manch weitere folgen werden.“

Diese Warnung ist nur zu berechtigt. Wenn im Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ Herr v. Liebert schreibt:

„Die schwarzweißrote Flagge hatte es geschafft! Diese Flagge müssen wir unbedingt wiederhaben. Mit ihrer Rückkehr wird der Geist des Pazifismus, d. h. der Feigheit, aus dem deutschen Volke entweichen!“

so liegen der nächste Schritt und die weiteren, die nachfolgen werden, klar vor Augen. Zurück zum Geiste des Kaiserreiches, zurück zum Geiste des kaiserlichen Militarismus! Im Zeichen von Schwarzweißrot soll der Geist der Friedfertigkeit und der Verständigung mit den Völkern verschwinden, die große Wandlung der deutschen Außenpolitik nach dem Kriege soll aufgehoben werden. Nicht Friede und Verständigung, sondern „am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“

Die Reichsregierung, die den Vertrag von Locarno geschlossen hat, die sich an den Arbeiten des Völkerbundes zu beteiligen beginnt, mag diese Konsequenzen weit von sich weisen. Sie mag erwidern, daß sie diese Konsequenzen nicht will. Aber nicht auf das, was sie will, kommt es an, sondern auf das, was sie bewirkt. Sie fördert die schwarzweißroten

Tendenzen. Sie gibt den gegenrepublikanischen kriegerischen Kräften neuen Auftrieb.

Die Reichsregierung deckt diese Verordnung. Die Initiative zu dieser Verordnung ist von ihr selbst, im besonderen vom Reichskanzler Dr. Luther ausgegangen. Er trägt nicht nur die parlamentarische Verantwortung, die er durch Gegenzeichnung einer Verordnung des Reichspräsidenten übernimmt, sondern die volle materielle Verantwortung für ihre Vorbereitung.

Man sage nicht, daß Reichskanzler Dr. Luther ein unpolitischer Mann sei, der die Konsequenzen seines Handelns nicht übersehen habe. Richtiger ist, daß er in erster Linie Bureaucrat, in zweiter Linie parlamentarischer Reichskanzler ist. Er ist so sehr Bureaucrat, daß er diese Aktion eingeleitet hat, ohne sich vergewissert zu haben, ob die eigenen Regierungsparteien dahinter stehen.

Diese Aktion ist eine Provokation des republikanischen Volkes, das eben erst im Volksbegehren mit imponanter Wucht seine republikanische Gesinnung bekundet hat. Sie zwingt die Reichsregierung, deren Haltung zur Fürstenfrage von den weitesten Schichten des Volkes mit Erbitterung betrachtet wird, in einen neuen schweren Gegensatz zum Volke.

Die Reichsregierung hat diese Provokation unternommen. Zwei große Regierungsparteien, Demokraten und Zentrum, wollen diese Provokation nicht und haben Einspruch erhoben. Trotz dieses Einspruchs versichert die „Tägliche Rundschau“, daß die Verordnung unter allen Umständen veröffentlicht werde!

Will die Reichsregierung im Gegensatz zu zwei großen Regierungsparteien vor dem Volke als Regierung der Ueberleitung zum Rechtskurs erscheinen? Steht hinter der Verordnung die Absicht, die Regierungskoalition zu sprengen und eine Brücke zu den Deutschnationalen zu schlagen? Wollen die Herren Luther und Stresemann die Locarno-Politik schwarzweißrot denaturieren, um Herrn Schiele die Rückkehr in die Regierung zu erleichtern? Ist wieder einmal ein Sprengmanöver der Deutschen Volkspartei im Gange?

Die Verordnung ist eine Provokation. Sie hat helle Entrüstung bei allen Republikanern hervorgerufen. Sie sind entschlossen, diese Provokation nicht hinzunehmen. Wie will die Regierung vor dem Reichstag bestehen, wenn sie alle verschiedenen Republikaner gegen sich hat?

## Regierungsparteien gegen Regierung.

Stimmen der republikanischen Presse gegen die Flaggenverordnung.

Die Presse der Demokraten und des Zentrums nimmt heute morgen einmütig Stellung gegen die geplante schwarzweißrote Flaggenverordnung. Die „Germania“ schreibt: Dagegen steht es aber außer allem Zweifel, daß diese Flaggenverordnung ein schweres Moment der Beunruhigung in die deutsche Innenpolitik trägt und unsere ohnehin schon aufs äußerste gespannte innerpolitische Lage in geradezu gefährlicher Weise verschärft.

Ran sagt oft, es fehle dem Deutschen die Zivilcourage, der Mut in der Politik. Wir finden, daß man unserer gegenwärtigen Reichsregierung diesen Vorwurf nicht machen kann. Wir finden im Gegenteil, daß für eine auf schwachen Füßen stehende Minderheitsregierung ein geradezu erstaunlicher Mut dazu gehört, in den gegenwärtigen kritischen Zeiten ohne einen besonders dringenden Anlaß in das Wespennest der Flaggenfrage zu greifen. Wir sagen mit Vorbedacht: „In den gegenwärtigen kritischen Zeiten.“ Denn daß die Herren, die das jetzige Reichskabinett bilden, über die durch die Fürstendebatte erregte Stimmung weitester Kreise des Volkes sich so radikal täuschen sollten, ist doch kaum zu glauben.

Das „Berliner Tageblatt“ weist auf die verhängnisvolle Wirkung der Flaggenverordnung im Auslande hin:

„Die Wirkung im Ausland und im Inland muß geradezu kläglich sein. Soll wirklich jetzt in Paris und in London und in Wien neben der schwarzrotgoldenen auch die schwarzweißrote Fahne gehißt, soll wirklich dem Ausland in dieser Form vor Augen geführt werden, daß die Republik ihre Farben nicht zu behaupten weiß, weil es eine Anzahl Auslandsdeutsche gibt, die aus fanatischer Abneigung gegen die Republik auch deren Fahne beschimpfen? Will man den Auslandsdeutschen jetzt in den Rücken fallen, die treu zu Schwarz-Rot-Gold gehalten haben? Wie will man verhindern, daß dann Schwarz-Rot-Gold ganz hinter Schwarz-Weiß-Rot zurücktritt, daß die Götz immer kleiner wird, daß an dem Hauptflaggenmast die schwarzweißrote Fahne ausgezogen wird und an irgendeinem verschwiegenen Seitenpförtchen vielleicht auch noch Schwarz-Rot-Gold zu sehen ist? Staubt man der Würde des Deutschen Reiches zu dienen mit einem Zustand, angesichts dessen die fremden Staaten überhaupt nicht mehr wissen, welche Fahne als amtliche Flagge des Deutschen Reichs anzusehen ist?“

Die „Bosfische Zeitung“ hebt hervor, welche innerpolitischen Wirkungen der Zwiespalt zwischen Regierung und Regierungsparteien haben muß:

„Es bedarf keiner näheren Ausführung, was es bedeutet, wenn zwei in der Regierung vertretene Parteien sich in einer Frage von solcher politischer Bedeutung mit geschlossener Front gegen das Kabinett wenden. Es ist aber auch ohne weiteres klar, welche unberechenbaren politischen Wirkungen sich daraus ergeben können, wenn durch die beabsichtigte Flaggenverordnung der Flaggenstreit, statt begraben zu werden, aufs neue und mit Heftigkeit entbrennt.“

Trotz dieser einmütigen Ablehnung der Flaggenverordnung in den Reichstagsfraktionen von Demokraten und Zentrum, trotz der einmütigen Stellungnahme der Presse zweier großer Regierungsparteien bleibt die Regierung auf ihrer Absicht bestehen, die Verordnung herauszugeben. Sie schafft sich selbst einen schweren Konfliktfall und sie muß sich darüber klar sein, daß es für sie sehr schwer sein wird, aus diesem Konflikt ihre Existenz zu retten.

## Der Anleihealtbesitz.

Starke Ueberschreitung der ersten Schätzung.

Die Anmeldung des Anleihealtbesitzes zwecks Umtausch in Anleiheablösungsschuld, die bis zum 31. März geschehen mußte, läßt sich nunmehr übersehen. Sie bezieht sich auf 35 Milliarden Mark statt 20 Milliarden, die bei Beratung des Anleiheablösungsgesetzes von der Reichsfinanzverwaltung geschätzt worden waren. Die Anmeldungen haben also die Kleinigkeit von 15 Milliarden mehr ergeben. Nach den Vorschriften des Anleiheablösungsgesetzes bedeutet das einen Mehraufwand für Tilgung und Verzinsung der Anleiheablösungsschuld von jährlich rund 90 Millionen auf dreißig Jahre. Man glaubt, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß bei Kleinbanken und sonstigen Anmeldestellen zahlreiche falsche Bescheinigungen für den Altbesitz ausgestellt worden sind, und es sind daher eine Reihe Untersuchungen eingeleitet worden.

## Vernehmung von Grüte-Lehder.

Zu Gemeinderatsuntersuchungsausschuß des Landtags.

Der Gemeinderatsuntersuchungsausschuß des Preussischen Landtags beschloß heute morgen nach einem Referat des Abg. Ruttner, Grüte-Lehder als Zeugen zu vernehmen.

Die Vernehmung von Grüte-Lehder zur Vernehmung ist bereits heute mittag 2 Uhr erfolgt.

## Neuer Rückgang der Frankenswährungen.

Gegenüber den Berliner Schlusskursen vom Dienstag ist am Mittwoch an den maßgebenden Auslandsbörsen ein neuer Rückgang der beiden Frankenswährungen eingetreten. Paris notierte London 152 gegen 149,50 und Brüssel 156,31 gegen 151,75 am Vortage.

## Garantievorlagen der Reichsregierung.

Für die Leinen- und Traktorenindustrie.

Dem Reichshaushaltsausschuß sind vom Reichsminister der Finanzen, dem Reichswirtschaftsminister und dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft zwei Vorlagen zur Uebernahme von Reichsgarantien und Gewährung von Reichsdarlehen zugegangen, die auf Grund von § 2 des Staatsgesetzes direkt vom Haushaltsausschuß erledigt werden sollen.

Die erste Vorlage will die Gefahr beseitigen, daß der Flachsbau in Deutschland vollständig eingeht. Diese Gefahr soll bestehen, wenn der Landwirtschaft nicht die Aussicht geboten werde, die bei ihr ruhende Flachsernte und auch die Ernte des nächsten Jahres abzusetzen. Ein Eingehen des Flachsbauers brächte auch die Flachsrösterei zum Untergang. Es sei darum erforderlich, daß der Flachsbau Mittel zur Verfügung gestellt werden, die die Bewegung der deutschen Flachsernte in den nächsten Jahren gewährleisten. Die Röstindustrie habe zur Ausnahme der Flachsernte 1925 einen Kredit von rund 3 Millionen Reichsmark notwendig. Für die Spinnerei sei ein Kredit von 6 Millionen Mark erforderlich. Die Kredite sollen mit 1 Proz. über Reichsbankdiskont verzinst und nach 15 Monaten zurückgezahlt werden. Die Reichscreditgesellschaft habe sich bereit erklärt, der Flachsrösterei und Flachspinnerei diese Kredite unter der Voraussetzung zu gewähren, daß das Reich die Ausfalls- und Liquiditätsbürgschaft übernehme.

Mit der zweiten Vorlage erbitten die beteiligten Ministerien vom Haushaltsausschuß die Zustimmung zur Uebernahme einer Reichsgarantie bis zur Grenze von 15 Millionen Reichsmark in Verbindung mit der Bereitstellung eines Reichsdarlehens bis zu 6 Millionen Reichsmark für die Wiederanfertigung der wichtigsten Fabriken von Traktoren (Kraftschleppern und Kraftpflügen).

Die umfangreiche Vorlage begründet diesen Antrag damit, daß die deutsche Traktorenindustrie im letzten Jahr zwar gut gearbeitet habe und auch in der Rationalisierung tüchtig vorangekommen sei. Infolge der Wirtschaftskrise stode aber zurzeit der Absatz von Kraftgeräten vollständig und die Traktorenindustrie sei andererseits infolge der allgemeinen Kreditverknäufung nicht in der Lage, auf Vorrat zu arbeiten. Die gesamte deutsche Traktorenindustrie stehe daher vor dem Ruin. Komme aber die deutsche Traktorenindustrie zum Erliegen, so sei nach aller Urteil ihr Markt eine leichte Beute der amerikanischen Traktorenindustrie, insbesondere Fords. Die deutsche Landwirtschaft werde dann ausschließlich auf den Bezug fremder Geräte angewiesen sein. Die schätzungsweise 8000 bis 10000 in deutschen landwirtschaftlichen Betrieben laufenden deutschen Kraftgeräte würden in verhältnismäßig kurzer Zeit unbrauchbar werden, da die Ernteernte nach Zusammenbruch der deutschen Fabriken nicht mehr erhältlich sind.

Durch den Zusammenbruch der deutschen Traktorenindustrie würde auch eine Erhöhung der Arbeitslosenquote eintreten. Diese Industrie habe etwa noch vor einem halben Jahr 9000 Arbeiter beschäftigt. Um den Absatz deutscher Traktoren in der deutschen Landwirtschaft nach Möglichkeit zu erleichtern, werde im Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen aus der Bankwelt, der Landwirtschaft und der Traktorenindustrie beabsichtigt, eine Finanzierungs-gesellschaft für den Absatz von Traktoren zu bilden mit einem Aktienkapital von etwa 2 Millionen Mark, das zur Hälfte von einem Bankkonsortium, zum anderen Teil von der Landwirtschaft übernommen werden sollte.

Die verlangten Mittel werden benötigt, um die Finanzierungs-gesellschaft insstand zu setzen, das beabsichtigte System des Kaufs von Traktoren auf Abzahlung durchzuführen, und den Traktorenfirmen, mit denen die Finanzierungs-gesellschaft arbeitet, zu ermöglichen, ihren Betrieb und die Herstellung der Geräte bis zu dem Zeitpunkt zu finanzieren, in dem das Abzahlungsgeschäft wirksam wird. Voraussetzung für ein Eintreten des Reichs durch eine Ausfallsbürgschaft und ein Darlehen sei, daß das Reich in der Finanzierungs-gesellschaft und durch diese oder unmittelbar auch auf die in Betracht kommenden Firmen einen maßgebenden Einfluß erlangt.

## Staatstheater.

„Medea“ von Hans Henny Jahna.

Die Grelle der Medea-Tragödie sind gesteigert. Hans Henny Jahna bemüht sich mit ungeheurer Inbrunst, alle antiken Schrecklichkeiten noch tiefer zu begründen und zu vernichten. Medea, die boshafte Barbarin, die aus Verzweiflung ihre Kinder umbrachte, wird diesmal zum entsetzlichen Unhold. Sie wird zur Kachegottin, die ihren Gatten dafür bestraft, daß er ihr das Leilager verweigert. Und die Zauberkraft der Hefe geht so weit, daß schon die Berührung mit ihren Schmutzgegenständen die Menschen auseinanderprengt, oder das jugendliche Mädchen sofort zu einer wulstigen Welle werden läßt. Auch Medea selbst ist schon so sehr gealtert, daß sie runzlig und aufgedunsen, aber ihre Sinne dreimen noch ungeheuer. Da sie selbst von Göttern entstanen, konnte sie ihrem Gatten Jason die ewige Jugend und die ewige Lebenskraft erzaubern. Doch Jason spürt kein Verlangen mehr danach, seine Männlichkeit bei der runzigen Barbarin zu genießen. Das junge Griechenmädchen umwirbt er als Bräutigam, da die Ehe mit der Barbarin ihm nicht als gefälliges Bündnis erscheint. Und diese Braut Jasons wird gerade von dem Sohne Jasons als Braut begehrt. Alle Menschen dieses Trauerspiels sind ganz und gar in ihre Sinne eingewickelt. Sie wüten ihre Brüste aus ohne Hemmung, mit so bedrückenden Worten, daß von den geheimsten Dingen der letzte Schleier fällt. Und dazu noch andere Grelle. Die Augen, die Medea einem Sklaven herausreißen läßt, werden von der Barbarin in die Hand genommen und geliebt als Beute ihrer Rache.

So wird Ekstase erregt. Trotzdem sind all diese Worte ungewöhnlich stark. Sie schmettern nieder, die Ereignisse zerreissen den Zuhörer. Sie zwingen zur Rebellion. Doch es spricht Talent aus dem Dichter. Er ist schon jetzt ein energischer Logiker der Bühne. Die allerhöchsten und wichtigsten Verirrungen in Wort und Tat sind irgendwie begründet. Dann folgt das Drama zu einer wirklich ausgebauten Architektur auf. Kein Motiv geht verloren, auch nicht das kleinste. Man ist angewidert durch den mechanistischen Gebrauch, den der Dichter von der Sexualpathologie macht. Und dann wieder sagt man sich, daß dieser Dichter gebildet und noch ein tüchtiger Mann werden könnte. Die Schmelzerei in allerhand Verirrungen ist vorläufig höchst frampfhaft und krankhaft.

Hans Henny Jahna versucht seine psychologische Ausdeutung des alten Mythos zu begründen. Er will das traurige Frauenleben entdecken. Doch er es nur entdeckt in der lurchigbar verzerrten Niedrigkeit des primitivsten Geschlechtstriebes, ist seine Tragik. Er überläßt die Menschen, auch die Menschen der Antike, mit einem Gefühlslieben, das gar nicht mehr zu uns gehören will. Zunächst Ekstase, dann Abneigung, schließlich kann man sich nur durch einen Scherz retten.

Der Regisseur Jürgen Fehling gestattete, daß der Theaterarchitekt die chorische Halle wie einen Berliner Trockenboden aufbaute. In diesem nächtlichen, nur für Menschliches Scheinbar bestimmtem Räume, soll nun das Uebermenschliche spielen. Kein Wunder, daß die Schauspieler vom ersten bis zum letzten Worte lärmend in den Saal donnerten. Das Geschrei wird zum Stille-

Die Worte, die schon heiß genug sind, werden ständig überhitzt. Nichts wird mehr gestiftet. Die Steigerung ist von Anfang an so mächtig, daß neben der moralischen Ermüdung auch die körperliche unerträglich wird. Dabei war die Virtuosenleistung der Frau Straub als Medea benunderungswürdig. Doch nur die Virtuosität konnte angestaut werden. Sie hatte als Medea sich einer häßlichen und schlampigen Rogerin gleich geschminkt und aufge-taktet. Nun paßt dieser Naturalismus des Kuehlerischen absolut nicht zu der hochgestellten Sprache. Die hegenhafte Medea ist schließlich doch eine Tochter der Göttin und nicht ein Unhold aus dem afrikanischen Busch. Der Regisseur hätte da irgendwie stiller und den Naturalismus unterbinden sollen. Er tat es, als er die Chöre sprechen ließ. Doch seine Choristen standen an der Hand, wie die Kinder Israels an der Mauermauer Jerusalems. Sie beteten im Singen. Es geht aber nicht an, Hella mit Judäa zu verwechseln. Max Hochdorf.

Ein neues Bühnenbildexperiment in der Volksbühne. Mitte Mai findet im Theater am Bülowplatz die Berliner Eröffnungsführung von Paul Jech „Das trunke Schiff“ statt. Es wird dabei zum ersten Male ein neuartiges Bühnenbildexperiment angewendet. Man stellt drei weiße Leinwandflächen in den Bühnenraum, auf die man die Szenenbilder projiziert. Auch Massenmengen und Kompanen erscheinen als projizierte Bildteile auf den Leinwandflächen. Dieses System ermöglicht eine außerordentlich leichte Ver-wandlung des Bühnenbildes. Die farbigen Bilder sind von George Groß, Regie führt Erwin Piscator.

Bufonis Dreiteilharmonium. Von der Staatlichen Musikschule wird mitgeteilt: Ferruccio Bufoni, der schon in dem „Entwurf einer neuen Weltmusik“ im Jahre 1907 für ein Konfitem mit Dreiteil- und Sechsteilklängen eingetreten ist, hatte bereits in Amerika sich Jungensstimmen anfertigen lassen, auf denen Dreiteil- und Sechsteilklänge dargestellt werden konnten. Diese Stimmen brachte er mit nach Deutschland und verjuchte hier Interessenten für sein Harmonium zu finden, für das er bereits geeignete Jungensstimmen besaß. Seine Ideen wurden erst in den letzten Jahren wieder aufgenommen. Mit Hilfe von Freunden der Bufonischen Kunst wurde von der Firma Schiedmayer, Pianofortefabrik, Stuttgart, Redarstraße 12, der Bau eines Dreiteilharmoniums nach dem Entwurf Bufonis in Angriff genommen. Bufoni selbst konnte nach auf seinem Krankenlager Anweisungen für den Bau des Harmoniums geben. Auf Grund seiner Anregungen und Zeichnungen ist nunmehr von der Firma Schiedmayer ein völlig neues Instrument fertiggestellt worden. Das genau den Forderungen Bufonis nachkommt. Es enthält somit auf 2 Manuolen die Reihe der Ganz- und Halbklänge und außerdem die Dreiteil- und Sechsteilklänge. Das Instrument, das mit Hilfe von Freunden der Bufonischen Kunst und mit Unterstützung der Firma Schiedmayer in vorbildlicher Form gebaut wurde, ist Eigentum der Hochschule für Musik.

Eine internationale Schriftstellerkongress in Berlin. Vom 16. bis 19. Mai findet in Berlin die vierte internationale Tagung der PEN-Clubs statt. Gastgeber ist der deutsche PEN-Club, dessen Vorsitzender Ludwig Fulda ist. Die Tagung wird außer den Arbeits-sitzungen auch eine Reihe offizieller Veranstaltungen bringen.

Am 16. Mai wird eine Vorstellung in der Städtischen Oper für die fremden Gäste stattfinden, die am folgenden Tage Gäste der Stadt Berlin im Rathaus sein werden. Am 17. Mai wird eine Fest-vorstellung im Staatstheater stattfinden, bei der Hebbels „Herodes und Mariamme“ zur Aufführung gelangt. Es liegen bereits jetzt An-meldungen zahlreicher bedeutender Schriftsteller des Auslandes vor.

Gründung eines Caban-Bundes. Anhänger der Ideen und Ziele Rudolf von Cabans aus ganz Deutschland haben sich zu einem Bund zusammengeschlossen. Sie haben sich die Aufgabe gesetzt, durch Fesseln, Vorträge und Arbeitsgemeinschaften theoretisch und praktisch an dem Werk des neuen Tones zu arbeiten, die erzieherischen Momente des Bewegungsunterwertes zu pflegen, eine neue Festkultur vorzubereiten und Bewegungschöre zur Verwirklichung dieser Ziele ins Leben zu rufen. Rudolf von Caban hat das Protektorat des Bundes übernommen. Mitglied kann jeder Inter-essierte werden. Zuschriften sind zu richten an den 1. Vorsitzenden Dr. P. L. Buchholz, Berlin W. 30, Prager Straße 20.

Der älteste Menschenhädel? In einer Sitzung der „British Medical Association“ in Melbourne hielt Dr. Collin Mackenzie einen Vortrag über einen Schädel, den er bei Ausgrabungen in Coburn auf dem Murrayflusse gefunden hat. Dem Redner zufolge ist dieser Schädel älter als die anderen bis jetzt bekannten Menschenhädel, außer von Billabong, die aus Rhododrom und der von Talsai, Madenja-gung in seinen Behauptungen noch weiter. Er behauptete, daß der Murray-Flußtal in Australien als das bedeutendste Gebiet anthropologischer Untersuchungen, soweit die Urzeit in Frage kommt, betrachtet werden müsse.

Das Thermometer im Dienste der Seefischer. Abgesehen von Fingerringen und Makrelen, die an bestimmten Stellen in Schwärmen auftreten und in bestimmten Richtungen ziehen, sind heute noch die Fischer beim Suchen der Fänge in der See auf den Zufall und ihr gutes Glück angewiesen. Neue Versuche haben indessen so gute Ergebnisse geliefert, daß dieser Faktor der Unsicherheit bald als ausgeschaltet zu betrachten sein dürfte. Durch das Mittel eines besonders konstruierten Thermometers, das in das Seewasser verankert wird, kann man nämlich feststellen, ob die angelegte Temperatur dem Leben bestimmter Fischarten günstig ist, so daß man auf die Anwesenheit dieser Fische an einer bestimmten Stelle schließen darf. Man hat beispielsweise festgestellt, daß Stöckel- und Schell-fisch nur in Tiefen anzutreffen sind, die eine Temperatur von 10 bis 12 Grad Celsius aufweisen. Dorsche und Kabeljau sind besonders empfindlich für extreme Temperaturen. Die Versuche erstreckten sich über Hunderte von Quadratmeilen und dürfen deshalb als zuverlässig gelten.

Das neuere Institut für Kunsthistorie an der Kaiser-Universität wurde in Gegenwart von Vertretern der Behörden, Wissenschaft und Kunst eingeweiht. Der neben der Universität gelegene Bau ist ein Werk des hiesigen Architekten Leopold Ludwig.

Radio in der Tropfsteinhöhle. Der amerikanische Radiotechniker George W. Miller hat kürzlich im Hamilton-Gebirge in Colorado in etwa 20000 Fuß Höhe eine Radiostation in der berühmten „Höhle der Wunder“ angebracht, die 600 Meter tief im Gebirge liegt. Die Tropfsteinhöhle, um die es die letzten Jahre, erweitert hat, da sie aus Indolenzium-Kalk besteht, als so vorzügliche Isolatoren, daß Miller imstande war, die Sendungen einer mehr als 1000 Kilometer entfernten Radio-Station zu empfangen.

## Die internationale Solidarität.

### Die Sympathie der deutschen christlichen Gewerkschaften.

Böhm, 5. Mai. (T.L.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt: Wie wir erfahren, wird der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter in den nächsten Tagen zu dem Generalstreik in England Stellung nehmen. Auch wird eine gemeinsame Ausrufung der vier Bergarbeiterverbände zu dem englischen Generalstreik erwartet. Es kann gesagt werden, daß der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter mit dem Streik im englischen Bergbau infolge sympathisiert, als es sich darum handelt, eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Kürzung des Lohnes abzuwehren. Eine Verlängerung der Arbeitszeit im englischen Bergbau werde in allen Ländern Europas zweifellos einen Konkurrenzkampf entfachen, der alle bergbautreibenden Länder in Mitleidenschaft ziehen würde.

### Materielle Hilfe der österreichischen Metallarbeiter.

Wien, 5. Mai. (T.L.) Der Vorstand des österreichischen Metallarbeiterverbandes, der größten österreichischen Gewerkschaft, hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Der Vorstand des österreichischen Metallarbeiterverbandes begrüßt im Namen der österreichischen Metallarbeiterschaft die im Abwehrkampf stehenden englischen Kameraden; überzeugt, daß ihr Kampf eine überaus wichtige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ist, und daß er eine Folge der Bestrebungen darstellt, eine kapitalistische Herrschaft auf Kosten der Arbeiter wieder aufzurichten, versichert er die englischen Kameraden seiner Sympathie und wünscht ihrem Kampfe vollen Erfolg. Der Vorstand des österreichischen Metallarbeiterverbandes ist entschlossen, den englischen Kameraden auch materielle Hilfe der österreichischen Arbeiter zuteil werden zu lassen. Zur Erfüllung der österreichischen Arbeiter über die ungeheure Bedeutung des gewaltigen Ringens in England werden Arbeiterversammlungen abgehalten werden.“

### Die amerikanischen Bergarbeiter.

Wilkesbarre, 5. Mai. (T.L.) Der Exekutivsausschuß der Vereinigten Bergarbeiter von Amerika hält zurzeit eine besondere Sitzung ab, um über ein Schreiben der englischen Bergarbeiterverbände zur Krise im englischen Bergbau zu beraten. Ein Gewerkschaftsbeamter äußerte, er sehe keine Möglichkeit zu einem Sympathiestreik der amerikanischen Anthrazitgrubenarbeiter, denn die Gewerkschaft könne die mit den Bergwerksbesitzern abgeschlossenen Verträge nicht annullieren.

Washington, 5. Mai. (T.L.) Der Präsident der amerikanischen Federation of Labour, Green, erklärte, sein Verband sei der Ansicht, daß das Verlangen der englischen Bergarbeiter nach Löhnen, die eine angemessene Lebenshaltung sichern, berechtigt sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gesunde Ueberlegung und Urteilsfähigkeit, die das englische Volk in allen kritischen Lagen ausgezeichnet habe, eine rasche Einigung herbeiführen werde.

Hazleton (Pennsylvanien), 5. Mai. (T.L.) Der Sekretär der Vereinigten Bergarbeiter, Kennedy, erklärte, ein unmittelbarer Schritt der Bergarbeiterorganisation im Zusammenhang mit dem englischen Bergarbeiterstreik sei nicht in Aussicht genommen.

Pittsburg, 5. Mai. (T.L.) Der Nationalkongress der Sozialistischen Partei sollte eine Entschliebung, in der die amerikanischen Arbeiter aufgefordert werden, ihr möglichstes beizutragen, um den Sieg der englischen Bergarbeiter zu sichern.

### Die kanadischen Arbeiter zur finanziellen Hilfe bereit.

Ottawa, 5. Mai. (T.L.) Der Präsident des kanadischen Handels- und Arbeiterrats Moore hat an den britischen Gewerkschaftskongress ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm im Namen der kanadischen Arbeiter volle moralische Unterstützung bei dem Streben nach Aufrechterhaltung des bereits knappen Lebensstandards der britischen Arbeiter zusagt. Moore hat ferner die Erklärung abgegeben, daß ein durch lange Dauer des Generalstreiks etwa notwendig werdender Wunsch nach finanzieller Unterstützung auf eine großzügige Antwort seitens der kanadischen Arbeiter rechnen könne.

### Gewerkschaftskongress in Südafrika einberufen.

Johannesburg, 5. Mai. (T.L.) Der südafrikanische Gewerkschaftskongress erhielt von der Amsterdamer Internationale einen Aufruf um Unterstützung im Zusammenhang mit dem englischen Generalstreik. Der Gewerkschaftskongress fordert daraufhin alle südafrikanischen Arbeiterverbände auf, Vertreter zu einem nationalen Kongress am Donnerstag zu entsenden, auf dem über die zu befolgende Politik Beschluß gefaßt werden soll.

### Die Anteilnahme der indischen Arbeiterschaft.

Bombay, 5. Mai. (Reuter.) Der allindische Gewerkschaftskongress hat an den englischen Gewerkschaftsrat ein Telegramm gerichtet, in dem er die Sympathie der indischen Arbeiter zum Ausdruck bringt und den britischen Arbeitern in ihrem großen Kampfe für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards seine Hilfe anbietet.

### Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft.

#### Eine Zunahme deutscher Kohlenverkäufe erwartet — Versteifung des Frachtenmarktes.

Essen, 5. Mai. (T.L.) In maßgebenden Kreisen des Ruhrbergbaues herrscht starke Zurückhaltung wegen der eventuellen günstigen Wirkung des englischen Generalstreiks auf den Absatz der deutschen Kohle, da man damit rechnet, daß der Streik nicht lange andauern kann. Wenn man erwägt, daß die Lagerbestände des Ruhrkohlenbergbaues circa 5 Millionen Tonnen betragen, so müßte der englische Streik, um diese deutschen Bestände zu räumen, von sehr langer Dauer sein. Tatsache ist, daß bereits eine größere Anzahl Nachfragen bei dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat eingegangen sind. Allerdings ist es zu festen Abschlüssen noch nicht gekommen.

Durch die englische Arbeitskrise ist die Rheinischschiffahrt ebenfalls noch nicht in erheblichem Maße gestiegen worden. Der heutige Duisburg-Ruhrorter Frachtenmarkt entwickelte zwar eine lebhaftere Tendenz. So konnten sich die Holländerfrachten um 10 Pf. pro Tonne erhöhen. Ebenso erfuhr die Antwerpener und Genfer Frachten eine Erhöhung. Da die Anfuhr von Kohle nach den Seehäfen erhöht ist und die Nachfrage lebhaft bleibt, werden die Frachten voraussichtlich noch weiter anziehen. Die rheinischen Bergfrachten haben sich ebenfalls befestigt, so z. B. nach Mannheim. Der vorhandene unbefüllte Rheinischschiffraum wird hier in den nächsten Tagen lebhafter werdenden Nachfrage völlig entsprechen können.

Der niedrige Preis der Ruhrkohle wird bewirken, daß voraussichtlich viele Schiffe, die sonst in England bunkern, in kontinentalen Häfen die Kohlen übernehmen. So verläuft von der holländischen Grenze, daß in dieser Woche in dem Rotterdammer Hafen große Zufuhren von deutscher Kohle erwartet werden.

## Die weibliche Uniform.

Während sich die modewordene Uniformierung des Mannes nur auf das äußere Gewand erstreckte, umfaßt die weibliche Uniform die gesamte Persönlichkeit der Frau. Körpermaß, Gesichtsausdruck — und Kosmetik, Geste und natürlich vor allem die Kleidung müssen — um für modern zu gelten — streng egal mit allen übrigen Mitteln sein. Früher hieß elegant außergewöhnlich, heute heißt es Gleichheit, und keine der Topmodedamen wird es wagen, ihren persönlichen Geschmack durchsetzen zu wollen. Als leuchtendes Vorbild dienen hauptsächlich die Filmstars. Sie wirken auf der Leinwand, sie erreichen stets, was sie wollen — wenigstens auf der Leinwand — und so trachtet man, es ihnen gleich zu tun, um dem heitersten Glück Tür und Tor zu öffnen. Die Gesichtsschminken, die sie benützen und deren Güte sie durch Photographie mit persönlicher Widmung gerne feststellen, wird aufgetragen. Ihr Zubehör, mag es sich noch so oft verändern, ist in seiner jeweiligen Form der einzig Kleidungs- und ihre Kleidung natürlich maßgebend für die Mode. Vor dem Spiegel läßt man fleißig ihr bezauberndes Lächeln, den lässig-müden Gang, die Haltung der Hände, im Salon: Finger leicht gespreizt, den Mittelfinger nach innen gekrümmt; auf der Straße: fromm über dem Bauch gefaltet. Und die klugen Schöpfer aller der äußeren Herrlichkeiten, sie schaffen für das große Heer der „kleinen“ Modedamen aus billigstem Material die gleichen Gebilde. Wie lange die Freude daran währt, soll ihre kleine Sorge sein. Schließlich zwingen sie ja keine, all die Modelaunen und Torheiten mitzumachen. Aber sie wollen es doch nun einmal.

Und wie wenig wichtig ist dies alles doch! Der Frau der früheren Zeiten, die bloß schön zu sein hatte, konnte man dies alles eher zubilligen. Aber heute? Das Leben ist verflucht ernst geworden und die Frau steht, ob sie will oder nicht, mitten im Kampf. Hier kommt es einzig und allein auf ihre Persönlichkeit an, und besitzt sie die, dann verliert sie es auch sehr gut, sich geschmackvoll und persönlich zu geben, und die Uniform in der Kleidung zu überwinden.

## Die Befreiung des Kindes.

### Eltern schafft euren Kindern weltliche Schulen!

In Schöneberg regt sich in den Kreisen der den Geist der neuen Schule begreifenden Eltern immer stärker der Wunsch, auch hier weltliche Schulen entstehen zu lassen. Die Elternversammlung, die zur Förderung dieser Bestrebungen am Dienstag veranstaltet wurde, war gut besucht. Der Reußländer Gemeindefunktionär Genosse Jensen gab in seinem Vortrag über „Befreiung des Kindes durch die weltliche Schule“ einen Einblick in das Wesen dieser neuen Schule, die unter Verzicht auf den starren Zwang zur Aneignung toten Wissens sich an den Schaffenstrieb des Kindes wendet. Das schöpferisch sich betätigende Kind und das sozial gerichtete Kind sei, betonte Jensen, das Hauptziel der weltlichen Schule. Aus eigenem Trieb und in eigener Kraft müsse das Kind an die Arbeit herangehen, die Schule müsse zu einer Stätte froher Jugend werden, zu einer Stätte des Glücks für das Kind und auch für den Lehrer. In einer solchen Schule zeigt es sich, daß die Kinder nicht, wie so mancher Pädagoge der alten Schule glaubt, „von Natur aus“ sind. Hier wird die Liebe zur Arbeit manchmal so stark, daß man dem Eifer sogar Halt gebieten muß. Jensen wünschte, daß auch in Schöneberg eine solche Schule zustande kommt. Die freie Schulgemeinde, die in Schöneberg schon seit längerer Zeit besteht, hat sich dieses Ziel gesetzt. Sie wird es erreichen, wenn weiteste Kreise der Elternschaft das Verlangen nach weltlichen Schulen unterstützen.

## Der Spiritusweber-Prozess.

Am Montag konnte Spiritusweber endlich seine Erklärungen geben. Der Generaldirektor Hermann Weber ist, wie erinnerlich, angeklagt, als Hauptabnehmer des von den sogenannten Spirituswebern zu ermäßigten Preisen bezogenen Spiritus figurieren zu haben. Nicht mehr und nicht weniger als rund 2 Millionen Liter hat er erhalten. Seine Tätigkeit begann er im Jahre 1920 mit der Gründung der Süddeutschen Spiritusweber-Vereinsgesellschaft. Das Gründungskapital machte damals 20 000 M. aus. Sein erstes großes Geschäft, eine Spiritusvermittlung zwischen der Tschechoslowakei und Holland bildete die Grundlage zu seinem weiteren Wohlergehen. Als sein erster Kauf von 680 000 Litern Spiritus durch das Schiedsgerichtsoverfahren vom Reichsfinanzministerium als ordnungsmäßig vollzogen anerkannt wurde, trat zum erstenmal Finanzbeamte mit Andeutungen an ihn heran, daß sie sich für ihn eingehend hätten und sich an den Aktien beteiligen wollten. Unter diesen Beamten befand sich auch der Regierungsrat Kaiser. Im Jahre 1922 gründete er dann die Deutschen Spirituswerke; Dr. Cantrup trat als Organisator des Unternehmens bei ihm ein. Hermann Weber bestreitet, je Spiritus zu ermäßigten Preisen bezogen zu haben. Er gibt aber zu, daß die Süddeutsche Spiritusweber-Vereinsgesellschaft das ganze Quantum Spirit, das er bezog, an die Deutschen Spirituswerke abtrat. Der Oberregierungsrat Wüst, der ihm übrigens um eine Anstellung oder Beteiligung gebeten hatte, habe ihm erklärt, daß dagegen nichts einzuwenden sei. Der Sachverständige Oberregierungsrat Weidner behauptet aber, daß dies unter keinen Umständen gestattet war. Mit aller Entschiedenheit bestritt Hermann Weber, je mit Ropp, Simke, Kuben, Stahn verhandelt zu haben. Daß der hochprozentige Spirit in den Bädern als „neutraler Spirit“ eingetragen wurde, sei nur aus geschäftlichen Gründen geschehen. Daß die Namen der Lieferanten nicht genannt wurden, sei ohne Bedeutung. Es wird festgestellt, daß die Namen Stahn und Ropp einmal in veränderter Form in den Bädern genannt worden waren und daß im Vorkaufjournal mehrfache Rubricierungen vorhanden sind. In der gestrigen Verhandlung wurde in der Hauptsache ein Bestrafungsfall erörtert, der Peters betrifft. Er wurde nämlich im Jahre 1920 von dem früheren Reichskommissar einer Kriegswirtschaftsstelle und dem Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke A. G. (Waltawerk) v. d. Porten beauftragt, Ermittlungen gegen einen Profuristen des Werkes anzustellen, da dieser in Verdacht stand, eine Substanzhebung vorgenommen zu haben, durch die das Werk und damit das Reich um 20 000 Goldmark geschädigt worden war. Für die Wiederbeschaffung der Summe war eine Belohnung von 10 Proz. zugesichert worden. Der Vater des Profuristen erklärte sich bereit, die Summe zu zahlen; Peters zog für sich die 2000 M. Belohnung ab, von denen er 1000 M. dem Kriminalassistenten Bolke, der an den Ermittlungen beteiligt war, gab, anfaßt das ganze Geld, wie er es ordnungsgemäß hätte tun müssen, seiner vorgelegten Behörde abzuliefern. Es wird ihm auch vorgeworfen, daß er anstatt ein Strafverfahren gegen den Profuristen einzuleiten, die Sache auf dem Vergleichsweg aus der Welt geschafft habe. Inwiefern läuft die Annahme der 2000 M. auf eine Bestechung hinaus. Die Weiterverhandlung findet heute statt.

## Ein Auto in die Luft gejagen.

Durch einen Bergarbeiterbrand explodierte heute vormittag kurz vor 11 Uhr in der Bismarckstraße in Charlottenburg der Benzintank eines Privatkraftwagens, so daß dieser in die Luft flog. Vor dem Hause Bismarckstraße 58 an der Ecke Selenheimer Straße befindet sich eine öffentliche Benzintankstelle. Gegen 11 Uhr hielt an der Tankstelle ein Privatkraftwagen, um den erschöpften Benzinvorrat zu ergänzen. Als nach dem Füllen der Tankstelle der Kraftwagen den Motor anturben wollte, entstand ein Bergarbeiterbrand, der den Benzintank zur Explosion brachte. Eine un-

geheure Stichflamme schlug heraus und traf den Fahrer eines gerade vorbeifahrenden Eiswagens. Er erlitt Brandwunden im Gesicht und an den Händen und erhielt auf der nächsten Rettungsstelle die erste Hilfe. Eine vorbeigehende Frau wurde gleichfalls von der Flamme erfaßt, doch gelang es, sie noch rechtzeitig vor körperlichem Schaden zu bewahren. Der Chauffeur selbst, der vor dem Wagen stand, blieb wie durch ein Wunder unversehrt. Die Feuerwehr, die wenige Minuten später eintraf, konnte wenig zur Ablöschung tun. Von großem Glück ist, daß der Tankapparat trotz der großen Hingewandlung, der er ausgelegt war, nicht explodierte. Von dem Kraftwagen ist nichts weiter als ein rauchender Trümmerschutt übriggeblieben.

## Der Herr Baron.

### Die armen kleinen Mädchen.

Mit einem schön klingenden Namen lodte ein neuer Schwindler viele junge Mädchen an, um sie gründlich auszubeuten, bis er letzt endlich festgenommen und entlarvt wurde.

Ein angeleglicher Baron von Einsiedel, ein kleines schmachtiges Männchen von 25 Jahren, dem das Geld stets fehlte, besuchte ständig bei schönem warmen Wetter die Grünwaldallee. Er machte sich an junge Damen heran, bei denen er etwas Geld vermutete. Ihn erzählte er, daß er der „Spröß einer verarmten Adelsfamilie“ sei. Sein Vater sei Grundbesitzer gewesen, habe aber kein nennenswertes Vermögen hinterlassen. Er selbst besitze von einer Adelsstiftung eine laufende Unterstützung, die aber auch nicht allzu hoch sei. Diese Verhältnisse waren ja nun nicht gerade sehr glänzend, aber der Name war für die jungen Mädchen so verführerisch, daß sie einen Heiratsantrag des „Barons“ gern annahm. In der Aussicht, „Frau Baronin“ zu werden, opferten sie ihm bereitwillig auch alles, was sie besaßen. Der Bräutigam ließ sich auf den gemeinschaftlichen Ausflügen nicht nur treuhalten, sondern sorgte seine Braute auch noch um bares Geld an. Auf seine Liebesbriefe, die glühend lauteten und Senso glühend erwidert wurden, drückte er mit einem Stempel „sein Wappen“ mit einer siebenzähligen Krone. Diese Krone stifteten ihm mehrere Bräute auf seinen Wunsch auch in ein Hirtolchenschuch, das sie ihm widmeten, dazu seinen Wahlspruch „vin, vidi, vici“, „responde simum“. Doch darin einige i statt e standen, fiel nicht weiter auf. Wenn bei den Mädchen nichts mehr zu holen war, so ließ der junge Mann sie im Stich und wandte sich anderen zu. Ein Verwandter einer Braut schöpfte endlich Verdacht und unterrichtete die Kriminalpolizei. Diese ermittelte jezt den Schwindler und entlarvte ihn als einen Schlosser Arthur Hillig aus Rudolstadt, der früher schon unter den Namen „von Böttcher“, „von Tressow“ Heiratschwindel betrieben hat. Er war schon einmal nach seiner Heimat abgedröhnt worden, aber wieder nach Berlin zurückgekehrt. Jezt wurde er wieder nach Rußland gebracht. Mitteilungen von weiteren Betrogenen nimmt Kriminalkommissar Dr. Wächter im Polizeipräsidium entgegen.

Tanzrhythmen auf Welle 508. Einen Ueberblick über die Entwicklung des Tanzes wollte das Dienstagabendkonzert des Berliner Senders bringen. Bis auf die Pavane, einen Tanz des 16. Jahrhunderts hatte man zurückgegriffen, und von den modernen Tänzen noch den Charleston in die Vortragsfolge einbezogen. Zu loben war es dabei, daß die Auswahl der älteren Tänze, trotzdem man sich auf eine recht kleine Anzahl beschränken mußte, so doch geschickt und musikalisch ausgezeichnet war. Daß man es vorgezogen hatte, statt einer „echten“ eine „unechte“ Pavane zu bringen, die Leo Desibes, ein Kind des 16. Jahrhunderts komponierte, war aus musikalischen Gründen recht günstig. Nicht ganz verständlich ist es aber, weshalb man den modernen Tänzen einen so sehr breiten Platz einräumte. Weniger als die Hälfte der hier gebotenen Tänze hätte völlig genügt und Zeit gespart für die Tanzkompositionen etwa Beethovens und Schuberts, die so fehlen mußten. Bruno Seidler-Winkler mit dem Funkorchester leistete wieder Vorzeitleiter. Aber wann wird der Berliner Rundfunk es einmal lernen, Einführungen in seine Darbietungen zu geben, die wirklich in der Lage sind, den Hörern gerade, für die es am wichtigsten wäre, das Verständnis dafür zu erschließen? Die Worte Alfred Schattmanns diesmal waren kaum mehr als eine freundliche Vorstellung des Programms.

Ein größerer Dachstuhlbrand kam heute nachmittag gegen 1 Uhr in dem Hause Ledderstraße 9 in Beltsensee zum Ausbruch. Mehrere Räume der Weichenleer- und Berliner Feuerwehr eilten an die Brandstelle. Bei Reaktionsstillstand dauerte das Feuer noch an.

Eröffnung des Freibades Müggelsee. Am Sonnabend, 7. d. M., wird das vollständig neu renovierte Freibad am großen Müggelsee eröffnet. Das Freibad ist auf herrlichen Waldungen von der Bohstation Rehdorf in 10 Minuten zu erreichen. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt 10 Pf., Kinder zahlen 5 Pf. Neu ist das Freibad-Restaurant, in dem gute Speisen und Getränke aller Art zu mäßigen Preisen zu haben sein werden. Ferner befindet sich im Freibad ein Milch-Pavillon der Volkerei Bolle, eine Bäckerei und eine Fleischererei.

Zirkus Busch wird nicht geschlossen. Die Nachricht, daß der Zirkus Busch mit Ende dieser Spielzeit geschlossen werden soll, entspricht, wie wir von der Direktion des Zirkus Busch erfahren, nicht den Tatsachen. Wärschlich schloß dieser Zirkus am 15. Mai seine Berliner Spielzeit ab, um nach Hamburg überzufahren und dann im Herbst in Berlin die neue Spielzeit zu eröffnen. Mitte Juni gedenkt die Direktion in Hamburg mit der neuen Spielzeit zu beginnen. Entlassungen von Personal haben in ganz geringem Umfange stattgefunden; es sind aus dem Schauspielpersonal und aus dem Ballettpersonal nur nicht mehr verwendbare Kräfte ausgeschieden, die durch andere ergänzt werden sollen. Die artistischen Nummern werden, wie überall, nur für einen Monat verpflichtet und ebenso werden die bei den Manegeschauspielen mitwirkenden Schauspielkräfte nur für die Dauer dieses Manegeschauspiels engagiert. Das übrige Personal, das Haus- und technische Personal, die Hausarbeiten usw. werden auch über die Pause hinaus bezahlt. Im Herbst wird der Zirkus Busch in Berlin wie gewöhnlich wieder seine Spielzeit eröffnen.

## Abflug der „Norge“.

Leningrad, 5. Mai. (T.L.) Das Poltschiff „Norge“ ist heute vormittag 9 Uhr 35 Minuten nach Spitzbergen abgeflogen.

## Schweres Autounglück bei Kassel.

### Drei Kraftwagen zertrümmert.

Auf der Straße Hann.-Münden fuhr nach einer Weile aus Kassel im Nebel zwei kurz hintereinander fahrende, von Hann.-Münden nach Kassel laufende Autos in einer Kurve auf einen von Kassel kommenden Kraftwagen auf. Alle drei Autos wurden zertrümmert. Einer der Fahrer wurde sofort getötet. Sieben weitere Personen wurden schwer verletzt. Zwei Tage vorher hatte sich an der gleichen unübersichtlichen Stelle ein Kraftwagenunfall dadurch ereignet, daß gleichfalls zwei Kraftwagen aufeinander fuhrten, wobei ein Kasselener Badermeister schwer, drei andere Mitfahrer leicht verletzt wurden.

## Groß-Berliner Parteinachtichten.

2. Mai. Donnerstag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, wichtiger Nationaler Parteitagung bei Brügel, Engel-Ufer 21. Gemäßliche Funktionäre müssen unbedingt erscheinen sein.  
Wiltens Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, Vortragsabend bei dem Schloß Wiltens, Reichstagspräsident Genosse Lohr hält die Rede über die Bedeutung der Vorkämpfer des Kampfes durch den Ort mit Musik nach Königswinterhausen. Kaufmännisch im Schauspielhaus Königswinterhausen großer Festball.

# Gewerkschaftsbewegung

## Behrens und Meyer als Geldnehmer.

### Geldquellen der christlichen Landarbeiter.

Der Deutsche Landarbeiterverband ließ kürzlich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften durch eine Pressenotiz wissen, daß sich gegen den deutsch-nationalen Zentralverband der Landarbeiter neues Befestigungsmaterial angeammelt hat. Aus dem Material geht hervor, daß die Angehörigen dieses Verbandes bis in die letzte Zeit hinein mit den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbänden mündlich und schriftlich in Verbindung standen und daß diese Verbände fortlaufend Zuschüsse an den Zentralverband leisteten.

Der Gesamtverband ist über diese Mitteilung mit völligem Stillschweigen hinweggegangen. Er hat es auch unterlassen, den Deutschen Landarbeiterverband um eine Einsichtnahme in das Material zu ersuchen.

Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Haltung läßt sich streiten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wäre sicherlich anders verfahren. Nachdem sie aber nun schon einmal gewählt ist, erscheint es an der Zeit, der Öffentlichkeit zu zeigen, um was es sich handelt. Für heute soll das durch die Wiedergabe eines Schreibens geschehen, das am 7. Juli 1925 aus dem Hauptbüro des Zentralverbandes der Landarbeiter an den Direktor Schule im Landbundhaus in Rötzen gefandt wurde. Das Schreiben lautet:

Berlin, den 7. Juli 1925.

Herrn Direktor Schule

Rötzen (Anhalt)  
Landbundhaus.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Bezugnehmend auf unsere diesbezüglichen Vereinbarungen bitte ich Sie höflichst, dafür Sorge zu tragen, daß die fälligen Beträge für Juni und Juli umgehend überwiesen werden. Ferner wollen Sie gütigst veranlassen, daß die Gelder in Zukunft jeweils zum Monatsanfang abgebant werden, da wir auch alle Zahlungen im voraus leisten müssen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(Unterschrift.)

Das Schreiben spricht für sich, so daß jeder Kommentar dazu überflüssig erscheint. Wir werden die Wirkung der Veröffentlichung abwarten und gegebenenfalls weiteres Material in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

## Ein Kapitel zur Hauskrankenpflege.

### Der Magistrat drückt sich um die Verantwortung.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingen naturgemäß auch eine größere Krankheitssterblichkeit. Die Berliner städtischen wie auch privaten Krankenhäuser sind mangels genügender Bettenzahl nicht in der Lage, alle Kranken aufzunehmen. Ein großer Prozentsatz muß im Hause verbleiben und muß sich mit der mangelhaften Pflege seiner Angehörigen begnügen. Die Charitasverbände Berlins aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, die Hauskrankenpflege voll zu erfüllen. Ihre Einrichtungen sind mangelhaft; sie sind vor allen Dingen auf stationäre Aufnahme eingestellt. Das ist das Primäre bei diesen Verbänden. Aber wenn dies auch nicht der Fall wäre, sind immer noch zwei wichtige Punkte zu beachten, nämlich Mangel genügender Arbeitskräfte und weiterer Mangel genügender Mittel. Der Magistrat ist auf die gegenwärtigen Mängel wiederholt aufmerksam gemacht worden. Er hat sich veranlaßt gefühlt, am 17. März 1925 neben Vertretern der Charitasverbände auch Vertreter der Berufsorganisationen des Krankenpflegepersonals zu einer Besprechung in dieser Angelegenheit zu laden. In dieser Sitzung kam die einheitliche Auffassung zum Ausdruck, daß dem Magistrat aus der gegenwärtigen Situation gegenüber den Kranken Pflichten erwachsen. Die Vertreter des Magistrats erkannten dies natürlich an. Wie der Magistrat seinen Pflichten nachkommen will, dafür ein Beispiel:

Nach seiner Auffassung sollen künftig die Charitasverbände in erster Linie für die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Hauskrankenpflege in Betracht gezogen werden. Sie sollen zu den Personen, die die Hauskrankenpflege ausüben, in eine Art Arbeitgeberverhältnis treten. Mit anderen Worten, die Einstellungs- und Entlassungsbedingungen sowie die Bezahlung der Krankenpflegepersonen werden von den Charitasverbänden geregelt. Wenn die Charitasverbände den übernommenen Pflichten nicht gerecht zu werden vermögen, so sollen die Berufsorganisationen eingreifen. Auch diese sollen zu den Pflegepersonen, die die Hauskrankenpflege üben, in eine Art Arbeitgeberverhältnis treten. Es sollen dafür von den betreffenden Bezirksämtern Pauschalbeiträge gezahlt werden. Die Berechnung soll in jedem einzelnen Fall nach Schluß der Hauskrankenpflege mit dem Bezirksamt und dem Verbandsamt erfolgen.

Aus diesem Vorschlag ergibt sich, daß es beim alten bleiben soll. Einmal deswegen, weil die Charitasverbände in Rücksicht auf ihre Weltanschauung nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stellen können und weiter deswegen, weil man den Berufsorganisationen nicht zumuten kann, mit dem zu vermittelnden Hauskrankenpflegepersonal in eine Art Arbeitgeberverhältnis einzutreten, das für die Verbände nicht ohne Risiko bleiben würde.

Demgegenüber ist nur eins möglich, nämlich, daß den einzelnen Gesundheitsämtern aufgegeben wird, die Anzahl der Hauskranken in ihrem Bezirk festzustellen. Entsprechend dieser Feststellung können sie Arbeitskräfte nach dem städtischen Fachnachweis für die Hauskrankenpflege beziehen. Der Fachnachweis ist zur Vermittlung einer entsprechenden Zahl von Hauskrankenpflegepersonen jederzeit in der Lage. Die Bezirksämter müssen selbstverständlich Arbeitgeber sein und haben somit auch die Auszahlung an die Hauskrankenpflegepersonen direkt zu leisten. Die Rechte und Pflichten der Pflegepersonen können zwischen dem Magistrat und den Berufsorganisa-

tionen besonders geregelt werden. Dieser Vorschlag ist gegenüber dem vom Magistrat gemachten weniger umständlich. Er bietet weiter die Gewähr dafür, daß Hauskranken, die keiner christlichen Weltanschauung huldigen, nicht ohne Krankenpflege bleiben. Das Hauptgesundheitsamt verwirft aber diesen Vorschlag in Rücksicht auf die Mehrarbeit und die angebliche geldliche Mehrbelastung, die er zur Folge haben würde.

Setzt sich das Hauptgesundheitsamt mit seiner Auffassung durch, so erleben wir auf dem Gebiete der Hauskrankenpflege noch üble Erscheinungen. Es wird notwendig sein, daß unsere Parteigenossen im Rathaus dem Magistrat auf seine Pflichten der Kranken Bevölkerung gegenüber aufs deutlichste aufmerksam und ihm klar machen, daß es nicht angehen kann, diese Frage nur nebenher zu behandeln. Denn sie ist im Interesse der Berliner Bevölkerung von eminentem Wert.

## Fort mit der Technischen Nothilfe.

### Eine Antwort der Hauptstelle.

Zu dem in Nr. 202 des „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel schickt uns die Hauptstelle der Technischen Nothilfe folgende Erwiderung:

Für die Frage der Notwendigkeit der TN kann nicht allein der Gesichtspunkt entscheidend sein, in welchem Umfange ihre Einsetzung notwendig war. Bei den Etatsberatungen im Reichstag wurde bereits von der Regierung der durch die Mehrheit gebilligte Standpunkt vertreten, daß gegenwärtig der Zeitpunkt für eine völlige Befreiung noch nicht gekommen sei. Die TN sei eine Vorrichtungsmaßregel, eine prophylaktische Maßnahme. Man könne nicht aus der Zahl der Einsätze auf ihre Notwendigkeit schließen. Es wurde vergleichsweise darauf hingewiesen, daß man die Notwendigkeit der Polizei nicht mit der Zahl der Festnahmen, die Notwendigkeit der Feuerwehr nicht mit der Zahl der Brandfälle begründen könne. Ähnlich liege es bei der TN. Ihr Vorhandensein allein hat oft genügt, daß die Notstandsarbeiten von der Arbeiterschaft ausgeführt und dadurch eine Einsetzung der TN nicht nötig wurde. Der Rückgang der Einsatzfähigkeit erklärt sich ganz einfach damit, daß Arbeitsniederlegungen in lebenswichtigen Betrieben in der letzten Zeit deshalb kaum zu verzeichnen waren, weil von Arbeitstämpfen infolge der großen Arbeitslosigkeit abgesehen wurde.

Behauptungen, es bestehe eine „flingende Verbindung“ zwischen TN und Unternehmerorganisationen, entsprechen nicht den Tatsachen. Die TN arbeitet vielmehr nur mit den ihr zur Verfügung gestellten Reichsmitteln. Private Geldquellen werden von ihr nicht beansprucht.

Auch davon kann keine Rede sein, daß die TN für ihre Abgehauten neue Wirkungsgebiete suche. Die Werbung von Not Helfern, ihre Ausbildung, die Schulung der Führer sind für die von der TN verlangten Gewähr der Einsatzbereitschaft unentbehrliche Maßnahmen. Es sind dies Aufgaben, wie sie in ähnlicher Weise bei jeder Organisation, gleich welcher Art sie sind, anfallen.

Die praktische Einsatzfähigkeit vollzieht sich auf Grund der zuständigen Richtlinien. Vorbedingung für jeden Einsatz ist nicht ein ausdrückliches Verlangen der Unternehmer, sondern die auf Grund eines festgestellten öffentlichen Notstandes erfolgte Anforderung der zuständigen Verwaltungsbehörde. Ist diese Vorbedingung nicht erfüllt, dann findet ein Einsatz nicht statt. Es liegen Fälle vor, wo von den Arbeitgebern beantragte Einsätze von der TN oder von der Verwaltungsbehörde abgelehnt wurden. Die TN kann daher als eine im Dienste der Unternehmer stehende Streikbrecherorganisation nicht angesehen werden, sondern ist eine durchaus neutrale und überparteiliche Organisation, deren Tätigkeit der Aufsicht des Reichs unterliegt.

Wir müssen schon sagen, daß diese Antwort keine Antwort ist. Wir haben ganz bestimmte, mit Namen und Daten belegte Tatsachen angeführt. Die Hauptstelle der Technischen Nothilfe vermeldet ängstlich, darauf einzugehen. Sie drückt sich mit allgemeinen Redensarten darum herum. Sie weiß, warum. So wenig wie wir vor dem Kriege eine Technische Nothilfe brauchten, so wenig brauchen wir sie heute. Der mühselige Vergleich mit der Feuerwehr und der Polizei ist so lächerlich und aufgeblasen, daß sich eine Erwiderung erübrigt.

## Die „Rote Fahne“ verleumdet.

In der Schuttablade stelle „Aus den Betrieben“ veröffentlichte die „Rote Fahne“ am 23. April eine Zuschrift, die sich mit den Zuständen in der Fabrik Siegfried Boß, Lichtenberg, Frankfurter Allee 135, beschäftigte, in Wirklichkeit sich jedoch gegen den Betriebsrat und dessen Vorsitzenden, Genossen Kahl, wandte, der zugleich Vorsitzender der Zählstelle des Hutarbeiterverbandes ist. Darauf schickte Genosse Kahl unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Berichtigung, die die „Rote Fahne“ bis heute nicht veröffentlicht hat:

„Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, der Arbeiterschaft wäre ihr Lohn teilsweise gezahlt worden. Richtig ist, die Arbeiterschaft hat ihren Lohn regelmäßig erhalten. Bei einigen Lohnzahlungen ist es vorgekommen, daß der Lohn in zwei Raten am fälligen Freitag und der Rest am nächstfolgenden Tage, Sonnabend, restlos gezahlt wurde. In Zeiten der schlechten Beschäftigung ist die Firma der Arbeiterschaft mit Vorschusszahlungen entgegengekommen, die zum Teil heute noch nicht zurückgezahlt sind.“

Es ist nicht richtig, daß der Betriebsrat im vorigen Jahre die Arbeiterschaft ausgedrängt hat, 9 1/2 Stunden zu arbeiten, vielmehr ist richtig, daß Überstunden auf Grund tariflicher Vereinbarung (Arbeitszeitabkommen) geleistet wurden, und mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt worden sind; genau wie in anderen Betrieben der Woll- und Haarhutbranche.

Die Einrichtungen des Betriebes entsprechen den gewerbepolizeilichen Vorschriften.

Die Belegschaft bringt zum Ausdruck, daß sie sich mit dem Artikelschreiber nicht identifiziert und die unrichtigen Behauptungen als einen Akt der persönlichen Gehässigkeit ansieht. Die Vertretung der gesamten Belegschaft bittet hiermit ergebenst zur Nichtveröffentlichung der unrichtigen Angaben um Aufnahme vorstehender Berichtigungen.“

Da uns wiederholt Klagen von angegriffenen Gewerkschaftern über die „Rote Fahne“ zugehen wegen der Unterdrückung von Berichtigungen, empfehlen wir in Zukunft, das Blatt eventuell gerichtlich zu zwingen, seine Verleumdungen zurückzunehmen.

# Wirtschaft

## Der Kohlenverbrauch Berlins.

Ein welcher riesiger Verbrauchspost eine Großstadt zu zeigen auch die Mengen, die Berlin an Kohlen in einem Jahre verbraucht. So gelangten im Jahre 1925 3 555 588 Tonnen Steinkohlen einschließlich Koks und Steinkohlenbriketts nach Berlin, zusätzlich 2 246 171 Tonnen Braunkohlen und Braunkohlenbriketts, was eine Gesamtzahl von rund 6 Millionen Tonnen ausmacht. Damit ist der Friedensverbrauch bereits überschritten. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von über einer halben Million Tonnen zu verzeichnen. Im Vergleich zu den Friedensjahren muß man in Rechnung stellen, daß infolge der inzwischen wesentlich verbesserten Heiztechnik eine bessere Ausnutzung der Kohle ermöglicht worden ist, und außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß seit 1918 elektrischer Strom über die Fernleitungen nach Berlin gelangt. Um welche erheblichen Mengen von elektrischer Energie es sich hierbei handelt, kann man daraus ersehen, daß allein im Jahre 1925 von den Elektrowerken 404 Millionen Kilowattstunden nach Berlin geliefert wurden. Bemerkenswert ist es im Vergleich zu den Vorkriegsjahren, daß der Steinkohlenbezug nachgelassen, während der Braunkohlenbezug sich verstärkt hat. Auch sind nach der Hertzunft nicht unwesentliche Veränderungen eingetreten. So hat sich der Verbrauch an englischer Kohle, der 1913 fast die Hälfte des Berliner Kohlenverbrauchs ausmachte, nachdem er während des Krieges naturgemäß ausgeblieben ist, seit der Stabilisierung der deutschen Währung stark erhöht. 1925 sind aus England rund 600 000 Tonnen Kohle eingeführt worden. 1913 waren es rund 1,6 Millionen Tonnen. Aus Westfalen hat Berlin rund 820 000 Tonnen Steinkohle bezogen und aus Deutsch-Oberschlesien rund 1,5 Millionen Tonnen. Die in Berlin verbrauchten Braunkohlenbriketts kommen zum größten Teil aus dem Riederlausitzer Revier.

Hirsch, Kupfer- und Messingwerke-N. G., Berlin. Das große Berliner Kupfer- und Messingwerk, das noch im Vorjahre sehr stark verschuldet war und infolgedessen die Hüttenwerke C. Wilhelm Kupfer, Berlin, wieder abstoßen mußte, hat 1925 seine Finanzlage bedeutend verbessert. Die Bilanz von 1924 wies noch offene Schulden im Betrage von 22,19 Millionen aus, die Ende 1925 auf knapp 13 Millionen reduziert worden sind. Wenn auf der anderen Seite auch die Außenstände bedeutend verringert sind und auch jetzt noch die eigenen Wertpapiere und die Vorräte zum Ausgleich der laufenden Verpflichtungen herangezogen werden müssen, so werden jetzt doch für annähernd 10 Millionen Mark laufende Zinsen erspart. Der Betriebsüberschuss wird niedriger ausgewiesen als im Vorjahre, mit 6,65 gegen 7,43 Millionen. Mindestens um die zurückgezählten Schulden muß er aber höher gewesen sein, so daß zweifellos 1925 sehr viel verdient worden ist. Bei den Generalkosten, die mit 4,43 Millionen um 1,7 Millionen niedriger sind als 1924, werden die Zinsersparnisse deutlich sichtbar. Die Rückzahlung der Schulden hat offenbar ohne Umfahrverluste zu geringeren Kosten geführt, so daß die Gewinne steigen konnten. Dieser Akt finanzieller Rationalisierung dürfte noch höher anzuschlagen sein als die technische Rationalisierung, die in der endgültigen Vereinigung der Produktion in Eberswalde und Hönberg ihren Ausdruck fand. Als Reingewinn wird ein Betrag von 874 000 M. ausgewiesen, der wie der Kohleüberschuss um die erfolgte Schuldentilgung natürlich höher zu denken ist. Im Gegenjahre zum Vorjahre, wo um des guten Eindrucks willen eine sparsame Dividende verteilt wurde, erfolgt in diesem Jahre keine Dividendenausschüttung. Die Belegschaften, die durch die Stilllegung der Werke in Reinickendorf und Neutölln bisher schon die Hauptkosten der Rationalisierung zu tragen hatten, werden aber gut tun, sich das nicht als Zeichen der Schwäche auslegen zu lassen. Es ist ein Zeichen der Stärke: die Gewinne werden ausgeschüttet. — Nach den Mitteilungen der Generalversammlung ist die Gesellschaft sowohl auf dem Messingwert Eberswalde, als auch auf dem Kupferwert Hönberg gut beschäftigt. Das Messingwerk Eberswalde arbeitet zurzeit mit 75 Proz. der Höchstleistung, das Kupferwerk Hönberg sogar mit noch etwas höherer Ausnutzung. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Messingwerke Reinickendorf und Neutölln stillliegen. In der Zahlungsweise sei eine Besserung festzustellen. Es würden heute drei Viertel der Aufträge bar bezahlt und nur für ein Viertel Wechsel gegeben.

Die Wälinger-Anleihe über acht Millionen Mark, über die wir bereits kürzlich berichteten, wird in der Zeit vom 5. bis 12. Mai zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Zeichnungsbis ist auf 95% Proz. festgelegt worden, der Zinssatz ist 8 Proz., so daß sich die eigentliche Rente für den Zeichner auf nahezu 8% Proz. errechnet. Die Anleihe ist auf fünf Jahre in Berlin gelegene Grundstücke hypothekarisch gesichert. Die Tilgung kann vor dem 1. Mai 1931 nur zum Kurse von 102 Proz. erfolgen, von da ab bis 1950 zu pari. Die Wälinger-Gesellschaft bezieht ihre Dividende für das vergangene Geschäftsjahr ebenso hoch wie im Vorjahre, nämlich 12 Proz.

Zusammenschluß in der Tabakindustrie. In der Münchener Tabakindustrie hat sich ein bemerkenswerter Zusammenschluß vollzogen, und zwar durch Fusion der Privatfirma Carl Philip W. und der staatlichen Produktionsfirma der Oesterreichischen Tabakregie in München zu der Austria Tabak G. m. b. H. In diese Fusion eingeschlossen wurde auch die Zigarettenfabrik Perusa, die bisher dem Alleinhaber der erlangenen Privatfirma, dem politisch sehr erfolgreichen Oest. Kommerzienrat Remy gehörte. Das Gesamtkapital der neuen Gesellschaft beträgt 4 Millionen Mark. Die Ursache der Fusion ist der immer stärker einsetzende Konkurrenzkampf innerhalb des deutschen Tabakgewerbes, ferner das Bestreben, die doppelte Umsatzbesteuerung zu vermeiden und schließlich der Zweck, die Fabrikation zu vereinheitlichen und eine Art Tapferung der Fabrikate des österreichischen Tabakmonopols in Deutschland sicherzustellen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Erwin Göttranz; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Göttranz; Neuland: R. G. Wäcker; Sozial und Konflikte: Fritz Göttranz; Ausland: H. Glöckel; (ämtlich in Berlin); Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brühl, Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Einbertstr. 2.

Am Montag, den 3. Mai verließ nach langen und schweren Leiden meine liebe Frau, meine herzensgute Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Großmutter.

**Christiane Mohrenberg**  
geb. Rahn, im 66. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen  
**Paul Mohrenberg** als Wittve  
**Wolff Coesner** u. **Paul Coesner**  
als Söhne, **Paul Mohrenberg**  
als Enkel.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 6. Mai, nachmitt. 3 Uhr, auf dem Friedhof Friedrichsberg, Berlin, Einbertstraße 73.

**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter**  
Hilflos Groß-Berlin

**Freitag, den 7. Mai 1925, abends 6 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Angelufer 24/25:**

**General-Versammlung**

Tagesordnung:

- Bericht vom 1. Quartal 1925.
- a) Geschäftsbericht b) Rollenbericht c) Bericht der Kreislernen
- Bericht von der Beiratsabteilung in Göttingen
- Bericht von der Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter
- Verbandsangelegenheiten.

Über Generalversammlungsberechtigtes ist verpflichtet, an der Generalversammlung teilzunehmen oder seinen Vertreter zu entsenden. Mitgliedsbuch und Mitgliedskarte legitimieren.

1907/10 Die Ortsverwaltung.

**URANIA**

12 Monatshefte  
und 4 wertvolle Bücher  
vierteljährlich... nur 1,60 Mk.  
mit Ganzleinen-Buch 2,25 Mk.  
Probhefte und Prospekte gratis

Zu beziehen durch die Annahmestellen  
und die Botenfrauen des „Vorwärts“

**Berliner - Elektriker - Genossenschaft**  
Berlin N24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Fornsprecher: Norden 6525 u. 6526 Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzbur- 9831

**Ausstellungsgänge und Lager**  
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenick 540.

**Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges**  
zu kulantem Zahlungsbedingungen.

**Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.**

**Der gute Kapitän**  
Kaufabak

ist die beste Mischung  
zu billigen Preisen

**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3261

**Lampenschirm - Gestelle** sowie  
sämtl. Zubeh. wie Selds,  
Wickelband usw. in la Qualität  
billig in den Spezialgesch. Japaner  
Dorotheenstr. 88, neben der Kirche,  
Königsplatz Str. 44, nahe Anh. Bahnh.,  
Bismarckstr. 189, Ecke Anklamer Str.,  
Dreilindstr. 48, a Nord-Südbr. Kreuzb.,  
Hohenzollernstr. 16, Ecke Umlandstr.,  
Charl. Sesenham Str. 12, E. Umlandstr.

**Lebenslängliche Garantie**

leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

**Trauringe**  
zu billigsten Preisen  
in den gediegensten Ausführungen

Preisliste gratis

Ges. geschützt **Hermann Wiese, Berlin** N 24, Artilleriestr. 38  
W, Passauer Straße 12